

Stand des Klimaschutz-Programms

[03.12.2021] Die Klimaschutzministerin des Landes Baden-Württemberg, Thekla Walker (Bündnis 90/Die Grünen), hat jetzt im Kabinett über den Umsetzungsstand beim Klimaschutz-Programm informiert. Alle Maßnahmen des im Frühjahr dieses Jahres verabschiedeten Sofortprogramms seien eingeleitet oder schon umgesetzt.

Klimaschutzministerin Thekla Walker (Bündnis 90/Die Grünen) hat jetzt im Kabinett der baden-württembergischen Landesregierung zum Stand der Umsetzung beim Sofortprogramm für Klimaschutz und Energiewende Bericht erstattet. Wie das Land Baden-Württemberg mitteilt, hatte die Landesregierung das Sofortprogramm unmittelbar nach der Regierungsbildung im Mai dieses Jahres mit 17 teils ressortübergreifenden Maßnahmen beschlossen. Ziel des Beschlusses sei es gewesen, den Ausbau der erneuerbaren Energien voranzutreiben und schädliche Treibhausgasemissionen drastisch zu senken. Ministerin Walker erläutert: „Wir haben inzwischen alle Maßnahmen eingeleitet oder schon umgesetzt. Das ist ein großer Erfolg und zeigt, dass wir nicht länger diskutieren, sondern beherzt handeln, damit aus der Klimakrise keine Klimakatastrophe wird.“

Angaben des Landes zufolge werden unter anderem neue innovative Technologien für den Klimaschutz und die Energiewende im ganzen Land mit Modellprojekten erprobt. Ministerin Walker nennt insbesondere die Agri-Photovoltaik (Agri-PV). Sie erklärt: „Das sind Freiflächen-PV-Anlagen über Obst- oder Gemüseplantagen. Wir sparen damit nicht nur wertvolle Flächen ein, sondern können gleichzeitig Sonne und Essen ernten.“

Ein anderes Beispiel sei das Förderprogramm zur kommunalen Wärmeplanung. „Damit unterstützen wir die Landkreise und Gemeinden bis 2026 mit 10,4 Millionen Euro“, betont Walker. Eine kommunale Wärmeplanung sei „die strategische Grundlage für einen gelungenen Übergang von der fossilen hin zu einer klimaneutralen Wärmeversorgung im Land.“

Das ehrgeizige Ziel des Landes ist es, in Baden-Württemberg bis 2040 klimaneutral zu werden – und damit fünf Jahre früher als der Bund. Bis 2030 sollen die Treibhausgasemissionen um mindestens 65 Prozent gegenüber 1990 fallen.

(th)